

BESCHLUSSVORLAGE

- öffentlich -

OB/040/2018

STADT **SCHWABACH**



Die Goldschlägerstadt.

Sachvortragende/r	Amt / Geschäftszeichen
Oberbürgermeister Matthias Thürauf	Oberbürgermeister

Sachbearbeiter/in: Matthias Thürauf
-------------------------------------

**Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Bewerbung der Stadt Schwabach beim Freistaat Bayern um ein Wohnbauprojekt für sozialen Wohnungsbau**

Anlage: Antrag der SPD-Stadtratsfraktion

Beratungsfolge	Termin	Status	Beschlussart
Hauptausschuss	20.02.2018	nicht öffentlich	Beschlussvorschlag
Stadtrat	23.02.2018	öffentlich	Beschluss

**Beschlussvorschlag:**

Die Verwaltung wird beauftragt, sich beim Freistaat Bayern als Standort für staatlichen, sozialen Wohnungsbau zu bewerben, soweit eine neue staatliche Wohnungsbaugesellschaft zu diesem Zwecke geschaffen wird.

Finanzielle Auswirkungen	Ja	Nein
Kosten lt. Beschlussvorschlag		
Gesamtkosten der Maßnahme davon für die Stadt		
Haushaltsmittel vorhanden?		
Folgekosten?		

## Sachvortrag

Die SPD-Stadtratsfraktion hat den anliegenden Antrag eingebracht. Danach soll die Stadt initiativ werden hinsichtlich einer möglichen neuen Wohnungsbaugesellschaft des Freistaats.

Ob und wann diese Gesellschaft gegründet wird, steht noch nicht fest. Derzeit gibt es die unten stehenden Äußerungen des derzeitigen Finanzministers. Daraus ergibt sich noch die Unsicherheit, ob klassischer sozialer Wohnungsbau geplant ist oder eher zweckgebundene Wohnungen für staatliches Personal und Angehörige von Sozialberufen.

Aus CSU-Pressemitteilung bzw. CSU-Webauftritt jeweils vom 18.1.2018

### **Wohnraum**

*Söder kündigte eine Wohnungsbauoffensive an – koordiniert durch eine eigene staatliche Wohnungsbaugesellschaft. Bis 2020 sollen bis zu 4000 neue Wohnungen entstehen. Söder möchte, dass diese nicht nur für Staatsbedienstete, sondern auch für Menschen, die in sozialen Berufen tätig sind, zur Verfügung stehen.*

### **Wohnraum**

*Gründung einer staatlichen bayerischen Wohnungsbaugesellschaft: Bis 2020 sollen 4000 bezahlbare Wohnungen für Menschen mit geringem und mittlerem Einkommen entstehen.*

Die Verwaltung schlägt vor, mit den zuständigen staatlichen Stellen Kontakt aufzunehmen, sobald sich die politisch formulierten Ziele in Verwaltungshandeln konkretisieren. Eine Kooperation mit der Stadt hinsichtlich geeigneter Flächen erscheint vorstellbar, ebenso ein abgestimmtes Vorgehen mit der Gewobau.